

Presseankündigung

Ehrenamtliche für eine bessere Finanzierung der Migrationsberatung in Niedersachsen

Am Dienstag, den 19.6. wird die niedersächsische Sozialministerin eine Petition gegen die drohenden Kürzungen bei der Migrationsberatung entgegennehmen.

Ehrenamtliche, die in Osnabrück Hilfe für Geflüchtete leisten, haben vor wenigen Wochen von den drohenden Stellenkürzungen bei der Migrationsberatung erfahren. Um die aus ihrer Sicht unverantwortlichen Pläne zu verhindern, haben sie eine Petition auf den Weg gebracht, die schon nach kurzer Zeit von über 1.800 Osnabrücker*innen und Engagierten aus anderen niedersächsischen Kommunen unterzeichnet wurde.

In Stadt und Landkreis Osnabrück werden über die Richtlinie Migrationsberatung vom Land Niedersachsen rund 11 Stellen gefördert. Demgegenüber stehen 8.000 Menschen, die in den vergangenen drei Jahren hierher geflohen sind. Hintergrund der schon im Herbst 2017 angekündigten Kürzungen ist auch die Tatsache, dass Bundesmittel nur bis Ende 2018 bewilligt sind.

Dazu Dr. Renate Vestner-Heise von der Flüchtlingshilfe Rosenplatz: „Selbst mit den vorhandenen Stellen kann längst nicht das an Beratung und psychosozialer Begleitung geleistet werden, was dringend nötig wäre. Es kommen jetzt zwar deutlich weniger Menschen an, aber sehr viele von denen, die bereits da sind, brauchen nach Flucht und oft mehrfachen Traumatisierungen über Monate und Jahre Unterstützung. Deshalb fordern wir die Sozialministerin Frau Dr. Reimann mit Nachdruck dazu auf, die Finanzierung der Migrationsberatung nicht zu kürzen, sondern - im Gegenteil - weiter zu verbessern!“

Zwar habe der niedersächsische Innenminister, Herr Pistorius, sich in einem Telefongespräch optimistisch geäußert, die SPD-Minister*innen würden sich für ein gleich hohes Budget wie für 2018 einsetzen. Die Ehrenamtlichen fordern aber, so Frau Dr. Vestner-Heise, eine öffentliche Festlegung auf dieses Ziel: „Wir appellieren an den Niedersächsischen Landtag, dass er direkt nach der Sommerpause und nicht erst Ende Dezember eine Entscheidung über die Budgethöhe trifft. Die Träger der Migrationsberatung und ihre Mitarbeiter*innen brauchen Planungssicherheit.“

Die Petition wird am 19.6. um 15 Uhr vor dem Landtag(Portikus) überreicht und Frau Dr. Reimann wird sich im Anschluss 30 Minuten Zeit nehmen, um auch Pressefragen zu diesem Thema zu beantworten.

Kontakt: Dr. Renate Vestner-Heise Tel.: 0151 22462039

Flüchtlingshilfe Rosenplatz e.V.